

p.B.58.2. - Spanien
 p.B.58.2.
~~p.B.51.20.(3)~~ - BJN/ny

Bern, den 6. Juni 1977

p.B.73.E.O.

L A G E K O N F E R E N Z

Spanien vor den Parlamentswahlen vom 15. Juni

1) Mehr als 150 Parteien mit zusammen über 6000 Kandidaten bewerben sich am 15. Juni um die 557 Sitze der beiden Kammern. Davon dominieren vier in entscheidender Weise. Der Economist vom 14. Mai schätzte deren möglichen Wahlanteil wie folgt: Union des Demokratischen Zentrums (Ministerpräsident Suarez) 30 - 40 %, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei PSOE (Felipe Gonzales) über 20 %, Volksallianz AP (Fraga Iribarne) 20 %, Kommunistische Partei PCE (Santiago Carillo) 10 %. Nach gewissen Erhebungen hat aber zirka ein Drittel des spanischen Wahlvolkes seine Meinung noch nicht gebildet. Der Wahlkampf richtet sich auf diese Unentschiedenen aus, wobei die "Flügelparteien" rechts und links am wenigsten Aussicht haben, ihre Position noch zu verstärken.

2) Was diesen Wahlkampf kennzeichnet ist das Fehlen klarer und einigermaßen verbindlicher Wahlprogramme und die Auseinandersetzung über Sachfragen. Es wird mit Schlagworten und Persönlichkeitsbildern gestritten. Der Wähler hat es schwer, sich eine Vorstellung von den Optionen einer zukünftigen Regierung zu machen:

- So spricht sich die KP beispielsweise für die Monarchie aus, wendet nichts gegen die amerikanischen Basen ein, tritt für einen demokratischen Pluralismus und für Spaniens Eintritt in die EG ein, erklärt sich als Verfechterin der Menschenrechte und bezieht Stellung gegen den sowjetischen Monolithismus. Doch weiss man, dass Carillo ein Eingreifen des Militärs wie in Chile befürchtet, falls eine entschiedene Schwenkung nach links vollzogen würde. Die Mässigung der KP hat also wohl mehr taktischen als programmatischen Charakter.



- Fraga Iribarne, der einst "liberale" Minister Francos gebärdet sich immer autoritärer. Einer seiner Parteikollegen und Kandidat für den Senat gab sogar bekannt, die Alianza Popular werde - ob von der Regierungs- oder der Oppositionsbank aus - die Armee darum bitten, dagegen einzuschreiten, dass das künftige Parlament eine Verfassung ausarbeite. Würde der Sieg Fragas also, wie gewisse Beobachter behaupten die Rückkehr zum Franquismus bedeuten? Um die Frage zu beantworten muss man im Auge behalten, dass die Taktik seiner Gegner darin bestand, ihn immer weiter nach rechts zu rücken. Tierno Galvan von der Sozialistischen Volkspartei (PSP) beispielsweise billigt Fraga immerhin zu, dass seine Liberalität echt sei, allerdings begleitet von einem autoritären Temperament, etwa nach der Formel: "Im Kopf liberal, im Herz diktatorisch".
- Der Vorwurf, den Franquismus hinter einer veränderten Fassade weiterführen zu wollen, wird ja auch gegenüber Adolfo Suarez und seinem Demokratischen Zentrum erhoben, und im gleichen Atemzug wird die Gefahr einer Koalition zwischen der Volksallianz und dem Demokratischen Zentrum, als den beiden Erben des Franquismus beschworen.

Die Frage der möglichen Koalitionen ist zu offen, um darüber Mutmassungen anzustellen. Was aber die Politik des Demokratischen Zentrums betrifft, so darf sicher mit einer konsequenten Weiterführung des eingeschlagenen Reformkurses gerechnet werden, falls es den Regierungsauftrag durch das Wahlvolk erhält.

3) Spaniens Weg in die Demokratie, der dank der konsequenten und taktisch klugen Politik von Adolfo Suarez ein gutes Stück vorangekommen ist, wird aber mit den Wahlen vom 15. Juni nicht gesichert sein. Von drei Seiten drohen der Demokratie vor allem Gefahren: Vom Regionalismus (vor allem jenem der Basken), von der Armee und von der beunruhigend schlechten Wirtschaftslage.

- Seitdem Mitte Mai die "Wochen für die Amnestie" ausgerufen wurden, hat sich die Lage im Baskenland erneut zugespitzt. Die Forderung der baskischen Nationalisten, die sie mit der Entführung des Industriellen Ybarra und der Ausrufung des Generalstreiks unterstrichen, lautet auf eine Totalamnestie. Sofern ihre Forderung nicht erfüllt werde,

drohen die Basken mit der Boykottierung der Wahlen. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, dass hinter der Amnestieforderung noch mehr, nämlich das alte baskische Begehren nach Einräumung eines Autonomiestatuts für das gesamte Baskenland steht. Die Boykottierung der ersten Wahlen seit 40 Jahren durch eine repräsentative Minderheit wäre nicht nur eine folgeschwere Niederlage für Premierminister Suarez, sondern könnte den Demokratisierungsprozess selbst bremsen wenn nicht sogar gefährden. Unter diesem Aspekt muss die Exilierung der inhaftierten Basken, die inzwischen allerdings wieder eingestellt wurde, betrachtet werden. Ob allerdings der weitere Prozess nach dem geplanten "Drehbuch" verläuft, d.h. erfolgreich durchgeführte Wahlen - Generalamnestie - Rückkehr der Exilierten wird sich erst weisen müssen. Ob die Exilierung eine legale Massnahme ist oder nicht, bleibt dabei umstritten.

Auch eine sich auf die Volksmehrheit stützende Regierung kann den Regionen nicht unbeschränkt Autonomie gewähren, ohne die Gefahr eines Partikularismus heraufzubeschwören. Und da mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ein "bürgerlicher" Staat aus den Wahlen herauswächst, die extremen Autonomisten, insbesondere die baskischen, sich aber als antibürgerlich verstehen; kann ein Weiterwirken des Regionalproblems nicht ausgeschlossen werden.

- Die Armee war zusammen mit der Guardia Civil und der Polizei das Rückgrat des Francostaates. Seitdem sich nach dem Tode des Caudillo die überkommenen Strukturen immer mehr verschoben und aufweichten, wurde deshalb die Reaktion der Streitkräfte mit ängstlichen Blicken verfolgt. Auch in diesem Bereich erwiesen sich Suarez und der junge König bisher als gewiegte Taktiker. Die Absetzung zweier hoher Offiziere im vergangenen Jahr zeigte Entschiedenheit und Durchsetzungswille der politischen Führung. Andererseits wurde bewusst darauf hingearbeitet, das Selbstwertgefühl und das Ansehen der Armee zu heben und ihr gleichzeitig das Gefühl zu vermitteln, dem ganzen Volk und nicht nur den Siegern des Bürgerkriegs zu dienen. Gelegenheit dazu bot jüngst wieder der Tag der Streitkräfte und die aus Anlass der Ernennung des Kronprinzen zum Ehrensoldaten des Regiments "Immemorial" vom König gehaltene Rede. Die gleiche Wirkung dürfte die kürzlich erlassene Teilamnestie für Militär und Polizei bewirken.

Mit der Legalisierung der kommunistischen Partei wurde eine kritische Klippe überwunden. Ein Beweis der unbedingten Loyalität gegenüber der legitimen Regierung, ist damit von der Armee aber noch nicht erbracht, und wie weiter oben erwähnt, gibt es Rechtskreise, welche die Streitkräfte immer wieder zum Eingreifen provozieren möchten.

- Die Wirtschaftslage präsentiert sich düster: Das nationale statistische Amt Spaniens berechnete die Inflationsrate für das laufende Jahr auf 36 %. Auch wenn die Berechnungsgrundlage umstritten ist, kann die Tatsache nicht wegdiskutiert werden, dass Spanien die höchste Inflationsrate Westeuropas aufweist. Dazu addiert sich eines der höchsten Handelsbilanzdefizite der Welt, eine wachsende Arbeitslosigkeit (zwischen 4 und 5,5 % Ende letzten Jahres) und eine zu hoch bewertete Währung.

Die am 15. Juni gewählte Regierung wird nicht darum herumkommen sehr unpopuläre Massnahmen, wie Lohnstopp, Abwertung, Sparmassnahmen usw. zu ergreifen. Sie wird damit nicht nur Gefahr laufen, ihre parlamentarische Mehrheit zu verlieren und damit zu vorseitigen Wahlen Zuflucht nehmen zu müssen, was sicher zu einer Polarisierung führen müsste. Darüber hinaus ist nicht auszuschliessen, dass die Verschlechterung der Lebensbedingungen zu einem revolutionären Klima führen könnte, aus dem der jungen Demokratie ein gewaltsames Ende droht. Der Versuch, Spanien ins "Sicherheitsnetz" der europäischen Institutionen einzubringen, muss vor diesem Hintergrund gesehen werden.